„Der Courier"

Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. H. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Brill, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1885-1887 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 5391

Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe: 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 30c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie: „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 50c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Grain Growers und Farmers' Union

Einer der wichtigsten Schritte in der Farmerbewegung von Saskatchewan ist der Beschluß der Grain Growers-Konvention in Regina: die Verschmelzung mit der Farmers Union of Canada anzubahnen und die beiden Organisationen unter der Bezeichnung „United Farmers of Saskatchewan" zusammenzufassen. Damit ist die Vereinigung noch nicht hergestellt, aber sie ist der Verwirklichung bedeutend näher gebracht. Die weitere Entwicklung wird von den Verhandlungen zwischen den beiden Organisationen abhängen. Unter Umständen können sich diese Einigungsverhandlungen auch noch einmal zerschlagen. Es muß jedenfalls die Frage in lebhaften Fluß geraten und die Gemüter auf beiden Seiten stark erregen.

Unter diesen Umständen kann eine Zeitung wie der Courier, der über eine gewaltige Seelenschaft in der Farmbevölkerung von Saskatchewan verfügt, nicht stillschweigend und teilnahmslos an der neuen Lage vorbeigehen.

Wir können jede Farmerbewegung gutheißen und begrüßen, die auf gesunden Grundlagen aufgebaut ist und sich in jenen Grenzen hält, die durch die Rücksichtnahme auf andere Stände, durch die gesetzliche Ordnung, durch die wirtschaftliche Vernunft und durch die religiöse und politische Duldsamkeit gezogen sind. Jede Organisation, mag sie aus Farmern, aus Geschäftsleuten oder sonstigen Berufsangehörigen zusammengesetzt sein, die diese Grenzen überschreitet und sich in Fragen einmischt, welche nicht in ihr Interessengebiet hineingehören, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie unter dem Deckmantel des wirtschaftlichen und beruflichen Zusammenschlusses ganz andere Ziele verfolgt. Die Erfahrungen der Vergangenheit berechtigen uns zu einer solchen Kritik. Was hat eine Farmerorganisation, die sozialerzielle Wohl und den ökonomischen Fortschritt der landwirtschaftlichen Kreise fördern soll, mit parteipolitischen, nationalen oder gar religiösen Fragen zu tun? Ist es Sache der Grain Growers, gegen die Muttersprache der Farmers' und gegen die Separatschulen zu kämpfen?

Auf der Grain-Growers-Konvention in Regina ist ein sehr vernünftiger und begrüßenswerter Antrag gestellt worden, der verlangte, Fragen der Religion, der Prohibition, der Politik, der Sprachen und der Separatschulen aus den Diskussionen auszuschließen. Was geschah? Eine große Mehrheit hat diesen Antrag niedergestimmt und damit zum Ausdruck gebracht, daß die Grain Growers sich auch für die Zukunft die Türe für parteipolitische, nationale und religiöse Hetze offenhalten wollen. Eine andere Resolution, die angenommen wurde, wendet sich gegen die Ansiedlung von „Foreigners" in geschlossenen Kolonien.

Merken unsere deutschen Farmer, aus welcher Ecke der Wind bläst? Begreifen sie, daß die Grain Growers mit der Annahme der zweiten Resolution allen unseren deutschen Ansiedlungen einen Schlag ins Gesicht versetzt haben? Denn unter dem gehässigen Wort „Foreigners" sind auch wir Deutschcanadier verstanden. Sollen wir ruhig zusehen, wie man uns und unsere nationale Abstammung geheim und offen zu verdächtigen sucht? Deutsche Farmer, es ist höchste Zeit, daß mit diesem Unfug aufgeräumt wird. Wir sind eine Macht, wenn wir einig und mannhaft gegen solche Manöver auftreten.

Es läßt sich nicht umgehen, daß wir auch die Verschmelzungsbestrebungen der Grain Growers und der Farmers' Union unter dem Gesichtswinkel der oben gekennzeichneten Stellungnahme der Grain Growers-Konvention betrachten. Die Farmers' Union hat politische, nationale und religiöse Neutralität als einen ihrer Programmpunkte verkündet. Wie wird es aber, wenn die Grain Growers sich mit der Farmers' Union zusammenschließen? Wird dann nicht auch der schlimme Grain Growers-Geist wie ein zündender Funke auf die Farmers Union überspringen? Denn das Schlechte übt leider oft eine stärkere Zugkraft aus als das Gute und es ist einem Schlechten oft leichter möglich, zehn Gute zu verderben, als einem Guten, zehn Schlechte auf den geraden Weg zu führen. Diese Binsenwahrheit, die wir im Leben tausendmal bestätigt finden, gilt auch für die Beurteilung der neuen Verschmelzungsbestrebungen.

Die deutschen Mitglieder der Farmers Union dürfen unter keinen Umständen zulassen, daß die Grain Growers religiöse, nationale und politische Verhetzung in ihre Reihen hineintragen. Beschränken sich die beiden Vereinigungen auf die Verfolgung rein wirtschaftlicher Ziele, so sind sie gut und recht. Greifen sie aber die Schulfrage, die Muttersprache oder gar die Religion an, so verlieren sie die Berechtigung, sich als die Vertretung der Farmerschaft auszugeben. Da gilt es, solche Regungen schon im Keime zu ersticken. Hat sich erst einmal der böse Geist des Religions- und Rassenhasses in eine Organisation hineingefressen, so hält es außerordentlich schwer, ihn wieder daraus zu verbannen. Darum den Anfängen widerstehen! Darum Augen und Ohren auf, damit der Feind nicht über Nacht Unkraut in den Weizen einer gesunden Farmerbewegung hineinstreut!

Wir würden uns freuen, wenn auf rein wirtschaftlicher Grundlage eine Verständigung zwischen den beiden großen Farmervereinigungen von Saskatchewan zustande käme und wenn es gelingen würde, die schädlichen Einflüsse im Grain Growers Lager ein für allemal zu unterdrücken. Denn dann könnten die Farmer von Saskatchewan nicht nur mit berechtigtem Stolze auf ihre geeinigte Organisation hinschauen, sondern auch mit ihrer Hilfe gewaltige Fortschritte zum Wohle des ganzen canadischen Landes erzielen.

— „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen." — Gilt das nicht auch von deiner deutschen Muttersprache?

150,000 Opfer politischer Morde in Bulgarien

In Bulgarien sind kürzlich, gerade wie auch in anderen Ländern, neue Kommunistenverschwörungen entdeckt worden und bei dieser Gelegenheit hat man auch aufsehenerregende Briefschaften und Schriften gefunden.

Die rumänischen Behörden sind benachrichtigt worden, daß der bulgarische Ministerpräsident Zankoff aufregende Mitteilungen über Zwecke und Mittel der Bolschewisten und ihrer Agenten in Bulgarien gemacht habe.

Ministerpräsident Zankoff betonte, daß das Zerstörungswerk der kommunistischen Banden in Bulgarien in der letzten Zeit riesigen Umfang angenommen habe.

Nach statistischen Daten, die die Regierung gesammelt hat, sind in den letzten Jahren bis zum 1. November d. J. in Bulgarien nicht weniger als rund 150,000 Menschen politischen Mordtaten zum Opfer gefallen. Die meisten Getöteten waren Bürgermeister, Polizei-, Gemeindediener, Gendarmen, Offiziere und Soldaten. Eben dieser Umstand beweist, daß die bestialischen Mordtaten politischer Natur sind.

Es ist festgestellt worden, daß die ganze Tätigkeit der Banden geleitet wird vom kommunistischen Zentralkomitee in Wien, das auch die notwendigen Gelder für die Durchführung dieser Mordkommandos sendet.

Zankoff hat dem Willen der bulgarischen Regierung Ausdruck verliehen, diesen Verbrechen der Kommunisten sobald als möglich ein Ende zu machen. Die Regierung ist darüber unterrichtet, daß die kommunistischen Agenten für das Ende dieses Jahres einen großen Putsch planen. Es kommt nun darauf an, diesen eine Revolution und ein bolschewistisches Regime einzurichten.

Weltumschau

Deutschland

Das Außenamt bestreitet die Richtigkeit der von der französischen Presse verbreiteten Gerüchte, daß das volle Kabinett sich mit dem Plane beschäftige, über den Abschluß eines Sicherheits-Vertrages zwischen Deutschland und Frankreich mit der Pariser Regierung in Unterhandlung zu treten. Im Außenamt wird erklärt, daß die Reichsregierung mit anderen Angelegenheiten augenblicklich derart in Anspruch genommen sei, daß sie sich mit der Sicherheitsfrage bisher nicht befassen konnte.

Diese formelle Erklärung wurde abgegeben, weil eine Pariser Zeitung am 21. Januar das Gerücht einer Berliner Depesche die Runde machte, diplomatische Streife in Berlin hatten ergeben, daß Reichskanzler Luther demnächst nach Frankreich einen Pakt mit gegenseitigen militärischen Garantien anzubieten. Diese Meldung wurde seither auch von anderen Zeitungen dementiert und von einigen hinzugefügt, die Reichsregierung habe in Paris bereits konkrete Vorschläge in dieser Richtung gemacht und durch die dortige Botschaft sondieren lassen, ob dieses Verständigungsprogramm der jetzigen deutschen Regierung bei den maßgebenden Stellen Frankreichs Anklang finde.

Trotz der Erklärung des Außenamtes hält man in hiesigen politischen Kreisen die Behauptung aufrecht, daß der Gedanke eines Sicherheitspaktes in den täglichen Beratungen des Reichstagskomitees über auswärtige Angelegenheiten im Vordergrund stehe und daß die Regierung in ihrem Bestreben, eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen, diesem Problem große Aufmerksamkeit zuwende.

Es wird daran erinnert, daß Dr. Wilhelm Cuno im Dezember des Jahres 1922, unmittelbar vor der Besetzung des Ruhrgebietes, Frankreich einen ähnlichen Pakt anbot, in dem vorgesehen war, daß Frankreich und Deutschland sich auf 30 Jahre verpflichten sollten, gegen einander nicht Krieg zu erklären. Dieser Vorschlag wurde von Poincare glatt abgelehnt.

Der britische, der französische und der japanische Botschafter, der belgische Gesandte und der italienische Geschäftsträger haben dem Reichskanzler Luther eine gemeinsame Note der Alliierten über die Weigerung, die Kölner Zone zu der im Versailler Vertrag festgesetzten Zeit zu räumen, überreicht. Lord D'Abernon, der britische Botschafter, erklärte, daß die Note die Antwort der Alliierten auf die deutsche Protestnote vom 6. Januar sei, und fügte hinzu, daß die deutsche Regierung so bald als möglich eine weitere Note, die auf alle Einzelheiten näher eingehen werde, erhalten werde.

Kanzler Luther sprach den Botschaftern gegenüber seine Enttäuschung darüber aus, daß die gegenwärtige Note nur einen programmatischen Charakter habe und von einer näheren Begründung des Beschlusses der Alliierten, Köln nicht zu räumen, absehe. Auf die Erklärung von Lord D'Abernon, daß Deutschland so bald als möglich die näheren Einzelheiten unterbreitet werden sollten, antwortete der Kanzler, er teile mit dem dringenden Wunsch Ausdruck verleihen, daß die Spannung sobald als möglich gelöst werde.

Die Note der Botschafter besagt, daß die Alliierten von der Mitteilung des Auslandsministers Stresemann vom 6. Januar Kenntnis genommen haben, erklärt aber, daß bei der gegenwärtigen Konjunktur es nicht die Absicht der alliierten Regierungen ist, sich mit der deutschen Regierung auf eine Diskussion einzulassen oder Behauptungen zu widerlegen, welche sie auf keinen Fall annehmen können. Die Note wiederholt, es sei die Absicht der Alliierten, zu gegebener Zeit der deutschen Regierung eine weitere Mitteilung zukommen zu lassen, in welcher auseinandergesetzt werden solle, was die deutsche Regierung noch tun müsse, wenn ihre Verpflichtungen betreffs der Bestimmungen des Artikels 429 des Versailler Vertrags als erfüllt betrachtet werden sollten. Dann fährt die Note fort: Die alliierten Regierungen haben die Absicht, diese Mitteilung so bald als möglich zu machen. Sie müssen aber darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung die Bedeutung der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrags mißzuverstehen scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Okkupation des Rheinlandes auf 15 Jahre festgesetzt und eine Reduktion nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Vertragsverpflichtungen treu erfüllt. Da gewisse dieser Bestimmungen nicht treu erfüllt worden sind, finden sich die alliierten Regierungen nun an die Bestimmungen des Vertrags halten.

Deutschlands Antwort auf die zweite von den alliierten Botschaftern dem Reichsminister Dr. Stresemann überreichte Note in der Frage der Räumung der Kölner Brückenzone protestiert dagegen, daß, trotz der Vorstellungen der Reichsregierung, Deutschland die einzelnen Tatsachen über die angeblichen Verfehlungen in der Durchführung der Abrüstungsbedingungen noch immer vorenthalten werden. Die Reichsregierung erklärt, daß Deutschland faktisch abgerüstet habe und berechtigt sei, darauf zu bestehen, daß die Kölner Zone geräumt werde. In der deutschen Antwort wird betont, daß die Alliierten auf die deutschen Proteste nur in einer formalen Weise reagierten, ohne dadurch die Angelegenheit, die für Deutschland und die Aufrechterhaltung Europas von so schwerwiegender Bedeutung sei, auch nur im geringsten einer Erledigung näher zu bringen. Man lasse die deutsche Regierung und die öffentliche Meinung noch weiter über die Gründe, auf die der Botschafterrat seine Entscheidung, die Räumung aufzuschieben, stütze, in Unkenntnis. Das deutsche Volk finde sich in der Lage, angeklagt zu sein, den Vertrag nicht ausgeführt zu haben, ohne daß man ihm Gelegenheit gebe, sich gegen diese Anklage zu verteidigen. Besonderer Einwand wird von der Reichsregierung dagegen erhoben, daß die Alliierten sich weigern, die Angelegenheit gemeinschaftlich mit der deutschen Regierung zu untersuchen. Die Antwort, des Standpunktes der Alliierten, daß die strittigen Bauwerke der belgischen Grenze eine Angelegenheit sei, über die den Alliierten die Entscheidung zustehe, wird bestritten und bemerkt, daß Artikel 429 des Versailler Vertrags in dem Paragraphen, der eine ähnliche Verpflichtung für die Alliierten enthalte, wie Artikel 428 in dem betreffenden sei, daß die deutschen Gebiete während der ersten 15 Jahre lang zum Zwecke der Sicherheit der Truppen besetzt gehalten werden sollen.

Finanzminister Dr. Hilferding hat, wie der Berliner Vertreter des Manchester Guardian meldet, der Budgetkommission des Reichstags die Vorlage habe endlich in den Finanzen des Landes eine Ordnung geschaffen. Die Einführung der Goldmark vom Monat ermöglichte die Verwendung für das ganze Finanzjahr, der voraussichtlich ohne einen Fehlbetrag infolge Schätzung erfüllt werden könne. Die Ausgaben des Reiches und der Länder und Gemeinden seien gedeckt. Das Gerede, das Reich müsse noch in Gold zu tun haben, sei unbegründet. Der Minister bemerkte, daß im Jahre 1925 für den Staat an Tilgung alter Inlandsanleihen Goldmarkbeträge eingestellt seien, die 1,000 Mark betragen. Bis zum Jahre 1932 werden die Ausgaben auf 2,000 Goldmark ansteigen, was dem Einkommen der mittleren Schicht guten Einkommen entsprechen würde. Bezüglich der Finanzen des Landes erklärte der Minister, daß sie haben nur noch 3 Milliarden Goldmark Schulden, während sie vor dem Krieg 5 Milliarden Goldmark betrugen. Alle Anstrengungen müssen gemacht werden, um die Ausgaben der Gemeinden zu vermindern.

Um die Regierung neuen Darlehen zu ermöglichen, will die deutsche Regierung zum Schutze der Mark durch die Gesetzgebung erwirken, wonach die neuen Gelder nur für produktive Zwecke verwendet werden können. Da die deutschen Industrien durch den Versailler Vertrag weggenommen worden sind, werden die Gesetzgeber vorschlagen, um sich durch Ersatz von Zahlungen entlastet zu machen. In gleicher Weise wie Amerika Belgien nahm und Frankreich Italien, soll Deutschland auftretenden Gerüchten zufolge Lieferungen der 7 und 8 deutschen Kriegsflotte, die in Hamburg liegen, in einen Zustand absoluter Betriebsbereitschaft setzen.

Schweiz

Der Bundesverwaltung der Schweiz ist mit der Witwe des früheren deutschen Botschafters Dr. Helfferich, der in Lugano Zuflucht für seine Wohnungslosigkeit Asylrechte von Lugano verlangt und sich bereit erklärt, für die Summe von 500,000 Franken als Schadenersatz zu zahlen. Der Fall ist noch Gegenstand der Beratungen der Behörden.

Rumänien

Der König Ferdinand von Rumänien mußte wegen einer Darmkrankheit eine Operation vornehmen lassen. Das offizielle Bulletin besagt indes, der Zustand des Patienten sei befriedigend.

Ungarn

Ungarische Legitimisten und Magyaren haben sich auf einen Staatsstreich geeinigt, durch den die frühere Kaiserin Zita und deren Sohn Otto zu Regenten von Ungarn eingesetzt werden sollen, heißt es in Kreisen, die aus Budapest eingetroffen sind. Die Verschwörer beabsichtigen, wie es in der Depesche heißt, den Regenten Horthy zu verdrängen.

Auf einem Landbahnhof wurde ein Mordversuch gegen den Regenten Admiral Horthy gemacht. Die Kugel verfehlte ihr Ziel, der Täter, flog.

Jugoslavien

Die kommunistische Partei von Jugoslawien wurde durch einen Erlaß der Regierung geächtet. Zwei Gerichtsstelle ist beschlossen, die Herausgabe des Parteiblattes untersagt. Der Ministerrat hat auch die Anerkennung von Sowetrußland abgelehnt.

Griechenland

Zwei von Bulgaren bewohnte Dörfer auf der griechischen Seite der Grenze wurden von Truppen umzingelt, die Polizei und Bürger schwer mißhandelt. Der Grund liegt in ansässiger Zeitung von Griechen nahe der Grenze.

Bulgarien

Bei einem Überfall auf eine kommunistische Druckerei, die im Geheimen eine Zeitung herstellte, wurden in Sofia drei Gendarmen getötet und drei Polizisten verwundet.

Frankreich

In seiner gut besuchten und stürmisch verlaufenen Rede über die auswärtige Politik behandelte Premier Herriot ausführlich die Frage der Sicherheit. Die Deputiertenkammer war dicht besetzt. Die Rede dauerte drei Stunden und zwei Stunden davon widmete der Premier einer lebhaften, aber diplomatischen Schilderung der Haltung Englands. Die Ausführungen der interessierten Kreisen erregten großes Aufsehen. Seinem Kollegen Painlevé gegenüber, der in einem solchen Ton von Deutschland sprach, den vernünftigerweise gar niemand gebrauchte, der mit dem Versailler Vertrag gar nichts zu tun hatte, erklärte Herriot, daß er in einem solchen Ton von Deutschland nicht den Versailler Vertrag gebrauchte, der ganz gewiß unvollkommen sei. Allem nach allgemeiner Ansicht wollte Herriot nicht blos in die Gruppen der Kammer appellieren, seine Rede war vielmehr eine Mahnung an die deutsche Regierung, gegen Ausschreitungen des Kölner Gebiets.

Während Verhandlungen zu Großbritannien, die in Bezug auf Herriot jetzigen Aufenthaltes, wo sie ihren Sitz haben, ist Herriot im Verkehr jetzigen Aufenthaltes, wo sie ihren Sitz haben, ist Herriot im Verkehr mit den Alliierten bemüht, die Bedeutung des Kölner Brückenkopfes für Frankreich bedeutet. „Frankreich hat nicht die Absicht, ewig am Rhein zu bleiben," bemerkte Herriot.

Die Opposition auf die Nichterfüllung der Entwaffnungsklausel des Versailler Vertrags durch Deutschland im Hinblick auf die Wiedererrichtung des großen deutschen Generalstabs und angesichts der Tatsache, daß der alte preußische militaristische Geist noch immer herrscht und Bestrebungen zum Ausdruck kommen, daß deutsche Volk, die nur den Frieden wollen, wenn nicht als unseren Müttern und Frauen, den englischen Standpunkt teilen zu wir müssen auf der Hut sein, wir müssen beobachten, was dort drüben vorgeht.

Inzwischen den Wiederaufnahme der deutsch-französischen Unterhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages, wenn dies augenblicklich auch noch nicht in Frage sollte, über die Schaffung eines Provisoriums, wird von amtlicher Seite bemerkt, daß es sich bei den Besprechungen in Paris nicht um den landwirtschaftlichen Aufstellung nicht hauptsächlich um Schwierigkeiten handelte, sondern daß die Lösung der landwirtschaftlichen Probleme in den jetzigen Verhandlungen eine große Rolle gespielt habe. Für die Franzosen sind die Zölle für Weine, Schaumweine und Liköre sehr wichtig und gilt es auch auf deutscher Seite bekannt, welches volkswirtschaftliche Interesse Frankreich an seinen starken Weinbau treibenden Bevölkerung an der Weinausfuhr nach Deutschland hat. Auf der anderen Seite ist es ja bekanntlich ihrem Wunsch, treibende Beschäftigung in Deutschland zu schützen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß eine Volkswirtschaft, die darauf angewiesen ist, durch einen Ausgleich der Gegensätzlichkeiten, Kompromisse zu verhandeln, immer gezwungen wird, eine Warenausfuhr zu begünstigen. Dem gegenüber steht auf der anderen Seite die Einfuhrerleichterung von Obst und tropischen Pflanzen, mit Deutschland gelegt. Die französische Einfuhrzoll nach Deutschland kommt in Bedeutung, der Weinausfuhr bemahe gleich. Deutschland bemüht sich, den Absatz des Obstes seiner landwirtschaftlichen Kolonien sicherzustellen. Sowohl auch verstehen auch die Verhandlungen über Schutzzölle. Die deutschen Wünsche für landwirtschaftliche Erzeugnisse gehen in der Hauptsache auf Milchprodukte, auf Holz und Bier.

Während der Debatte über die Aufhebung der päpstlichen Botschaft beim Vatikan verkündete Premier Herriot im Parlament, der Staatsrat habe erklärt, daß Elsaß-Lothringen immer noch unter dem Regime des napoleonischen Konkordats zwischen Paris und Rom stehe. Der Premier sagte hinzu: „Wenn es notwendig sein sollte, für Elsaß-Lothringen einen Vertreter in Rom zu haben, wird die französische Regierung einen haben." In seiner Kammerrede mit den elsaß-lothringischen Abgeordneten behauptete Herriot, daß die zurückgewonnenen Provinzen nicht länger unter dem Konkordat stehen. Der Staatsrat, der über die Legalität von Gesetzen entscheidet und in Streitfragen, die der Regierung unrecht, das letzte Wort hat, gab jedoch dem Premier nicht recht.

Als Elsaß-Lothringen im Jahre 1871 Deutschland wieder einverleibt wurde, ratifizierte die deutsche Regierung das Konkordat. Im Jahre 1905, änderte die französische Regierung das Konkordat zur Gänze auch und als Elsaß-Lothringen nach dem Kriege wieder an Frankreich fiel, sah sie sich der Tatsache gegenüber, daß hier der Vertrag mit dem Vatikan noch in Kraft war."

Die Angelegenheit, welche gegen die Aufhebung der französischen Botschaft beim Vatikan sind, bestimmen, daß die jetzigen Entwickelungen für Frankreich zur Notwendigkeit machen, beim Stuhle Petri vertreten zu sein, zumal der Vatikan laut Konkordat bei der Ernennung von Bischöfen zu Rate gezogen werden muß.

Rußland

Die amtliche Nachrichtenagentur Rosta in Moskau gibt bekannt, daß das russische Oelsyndikat mit dem französischen Marineministerium einen Vertrag über Lieferung von 75,000 Tonnen Oel abgeschlossen hat. Der Vorsitzende des Syndikats betont, daß dies der erste Abschluß mit der französischen Regierung und deshalb weit wichtiger sei, als ein Kontrakt über vielleicht die doppelte Menge mit Standard Oil oder dem Shell-Syndikat.

Leon Trotzki, der abgesetzte Kriegskommissar, ist seiner Gesundheit wegen nach dem südlichen Rußland gereist.

Wie sehr der Briefwechsel zwischen Deutschland und Rußland den bei seiner Eröffnung am 1. Mai 1922 von der Geschäfts- und Handelswelt beider Länder an ihre gestellten Erwartungen entsprochen hat, geht am besten daraus hervor, daß aus einem zweimal wöchentlichen Verkehr des Jahres 1922 ein dreimal wöchentlicher Dienst im Jahre 1923 geworden ist, während im verflossenen Jahr ein täglicher Verkehr zwischen Rußland und Deutschland eingerichtet wurde. Die Passagierbeförderung hat in den drei Jahren eine dauernde Steigerung erfahren. Auch die beförderten Luftpostmengen stiegen von Jahr zu Jahr. Wurden schon im ersten Betriebsjahr 2376 Pfund Luftpost befördert, so erreichte die Briefpost im Jahre 1923 ein Gewicht von 3500 Pfund und im letzten Jahre gar von 5270 Pfund. Die gesamte Nutzlast, welche zwischen Deutschland und Rußland mit Flugzeugen befördert wurde, betrug: 1922: 144,350 Pfund, 1923: 129,750 Pfund, und 1924: 151,140 Pfund. Dieser Luftverkehr, der 1922 von der Deutsch-Russischen Luftverkehrs-Gesellschaft (Deruluft) aufgenommen wurde, hat als hauptsächliches Ziel gehabt, die Verbindung zwischen Deutschland und Rußland zu verkürzen und dieses Ziel würde voll erreicht. Der Eisenbahn-Reiseweg von Berlin nach Moskau, der im Jahre 1922 ungefähr zum Tage betrug, ist inzwischen durch Streckenverbesserungen, Abkürzung des Aufenthaltes auf den einzelnen Stationen, auf drei Tage verkürzt worden. Dagegen hat der Luftverkehr durch Flugzeuge internationale Verbindung auf weniger als 24 Stunden herabgedrückt.

Holland

Auf die kommunistische Tätigkeit in Holländisch-Indien weist eine Depesche aus Batavia. Der Generalgouverneur berief hierauf mit dem Staatsrat den Rat ein, über Maßnahmen zur Unterdrückung der Bolschewik-Agitation. Kolonialblätter machen Jagd auf die Bewegung. Der Sekretär-Major des ostindischen Kommunistischen Verbandes, der anscheinend Agitation indischen Ursprungs sein soll, wurde verhaftet.

Nach einer Zeitung in Batavia folgen diese kommunisten genau dem Moskauer Programm. Sie hätten geheime Zusammenkünfte, hatten aber in, oder in der Nähe der größeren Orte schlechten Erfolg. Neuerdings legten sie sich auf den Jahrmärkten in den kleinen Dörfern einzeln an. Verbindung und trotzen auf diese Weise kommunistische Propaganda. Die Zeitung bemerkt, daß die Chinesen, welche einen nichtigen Teil der Handelsbevölkerung in Niederländisch-Indien ausmachen, von der bolschewistischen Propaganda streng fernhalten. Auch eine faszistische Bewegung ist jüngster Zeit auf Java entstanden.

Türkei

Ein soeben angenommenes Gesetz bestimmt, daß Parlaments-Mitglieder, Bürgermeister, Lehrer, Regierungsbeamte, Soldaten und Polizisten Kleider und Schuhe tragen müssen, die in der Türkei hergestellt sind. Innerhalb drei Monaten nach Annahme des Gesetzes müssen fremdländische Kleider gestempelt werden, um den Beweis zu erbringen, daß sie in der Türkei hergestellt sind. Schwere Strafen und Beschlagnahme aller im Ausland hergestellten Kleider werden für Uebertretung des Gesetzes angedroht.

Spanien

General Primo de Rivera, der aus Marokko zurückgekehrte Diktator, sagte in einer Ansprache aus, daß das Direktorium, das seit 15 Monaten funktioniere, weitere 15 Monate bestehen müsse, ehe es seine Amtstätigkeit auf Nachfolger übertragen könne. Er selbst werde seine Aufgabe eher niederlegen, wie ein Arzt einen Patienten, dem vor dessen völliger Genesung entlassen würde. Innerhalb weniger Wochen hatte der General die Schwierigkeiten mit den marokkanischen Stämmen zu überwinden.

Irland

Eamon de Valera, der bekannte republikanische Führer, protestierte gegen den in Aussicht gestellten Besuch Irlands durch den Prinzen von Wales.

„Sollten der König der Belgier oder der Präsident der Vereinigten Staaten nach Irland kommen," sagte de Valera, „so mag ihnen alle nur mögliche Ehre erwiesen werden, weil sie Herrscher ausländischer Staaten sind. Wir wollen aber keinen ausländischen Prinz auf unserem Boden, der kommt, um die Souveränität zu beanspruchen."

Die Ansicht wurde zum Ausdruck gebracht, daß, sollte der in Aussicht genommene Besuch des Prinzen von Wales politisch ausgeschlachtet werden, wahrscheinlich die Vorkehrungen für seinen Empfang fallen gelassen werden.

Palästina

Der Dinar, die alte jüdische Geldmünze, wird wieder zur Währungseinheit des neuen Palästina erhoben werden. In einer gemeinsamen Sitzung der beiden von der Regierung Palästinas ernannten Kommissionen, die eine die jüdische, die andere die arabische Bevölkerung des Landes repräsentierend, wurde dies beschlossen. Die kleineren Münzen der Währung Palästinas werden zum Aufschrift tragen, eine in hebräisch, die andere in arabischer. Der Dinar wird einem englischen Pfund gleichwertig sein.

China

Nach der Mitteilung eines Missionars haben die Militärbehörden in der Provinz Kuksien 200 christliche chinesische Bauern enthaupten lassen, weil sie sich geweigert hätten, Mohn für den Opiumhandel anzubauen. Der Missionar fügte hinzu, daß die chinesischen Beamten in der Provinz überall Druck und Zwang ausübten, um den Mohnbau zu fördern, aber bei 1500 christlichen Familien auf Widerstand gestoßen seien.

Japan

In Groß-Tokio ist die Grippe epidemisch aufgetreten. Der Krankheit sind während der letzten 20 Tage nicht weniger als 4700 Personen zum Opfer gefallen.

Afrika

Port Alexander, eine kleine zur portugiesischen Kolonie Angola gehörende Insel ist plötzlich in den Fluten versunken und völlig verschwunden. Einzelheiten über das Unglück sind noch nicht berichtet worden, doch befürchtet man, daß viele Menschen das Leben verloren.

Ver. Staaten

Seit 15. August 1924 haben sich 1960 in den Vereinigten Staaten lebende Ausländer, die ihre gesetzmäßige Landung nicht nachweisen können, um die Erlangung des amerikanischen Bürgerrechtes bewogen. 1735 dieser Fälle wurden von dem Bundes-Arbeitsdepartement dem Einwanderungs-Amt überwiesen, das, wenn es die Umstände für gerechtfertigt erscheinen lassen, die betreffenden Personen deportieren wird.